

§ 1 Klageschrift.....	1
A. Allgemeines / Einarbeitung in die Klausur bzw. Vorbereitung des Schriftsatzes.....	1
I. Mandantenzieleermittlung / Herangehen an den Sachverhalt .....	1
1. Herausarbeitung der Grundlinie der Aufgabenstellung: Klageschrift als Aufgabe / Rollenverteilung mit dem zusätzlichen Gutachten.....	1
2. Detailermittlung der sachlichen Mandantenziele .....	2
II. Tatsachenermittlung .....	3
1. Herausarbeitung und Selektion der juristisch relevanten Fakten.....	3
2. Überprüfung der Anlagen.....	4
III. Materiell-rechtliche Prüfung .....	5
1. Schlüssigkeitsanalyse.....	6
2. Prüfung etwaiger Verteidigungsmöglichkeiten des Gegners.....	6
IV. Beweisführung.....	7
1. Beweisbedürftigkeit.....	7
a. Allgemeinkundige Tatsachen.....	7
b. Gerichtskundige Tatsachen .....	8
2. Beweislastverteilung .....	8
a. Hauptregel: Jeder die für ihn günstigen Tatsachen .....	8
b. Ausdrückliche Beweisregelungen .....	8
c. Rückschluss aus Gesetzesformulierung .....	10
d. Regel-Ausnahmeprinzip .....	11
e. Richterrechtliche Beweislastregeln / wichtige Fallgruppen.....	11
aa. Vertragsrecht: „Sphärentheorie“ .....	11
bb. Arzt- und Produzentenhaftung.....	11
cc. Beweisverteilung .....	12
3. Beweismittel .....	12
a. Augenschein.....	12
b. Zeuge .....	13
aa. Abgrenzung zum Sachverständigen .....	13
bb. Abgrenzung zur Parteivernehmung.....	14
c. Sachverständiger.....	14
d. Urkundenbeweis.....	15
e. Parteivernehmung .....	16
V. Prozessuale Umsetzung der Mandantenziele / Prozesstaktik .....	16
1. Festlegung der Partei(en) auf Klägerseite .....	16
a. Rechtsinhaberschaft mehrerer.....	16
aa. Gesamt- oder Mitgläubigerschaft .....	17
bb. Gesetzliche Prozessstandschaft .....	17
cc. Notwendige Streitgenossenschaft .....	18
b. Nichtidentität von Gläubigerschaft und Klägerrolle .....	19
aa. Erhebung der Klage in gesetzlicher Prozessstandschaft.....	19
bb. Erlangung der Zeugenstellung durch Forderungsabtretung .....	19
cc. Erhebung der Klage in gewillkürter Prozessstandschaft .....	20
2. Festlegung des bzw. der richtigen Beklagten .....	21
a. Klageerhebung gegen notwendige Streitgenossen .....	21
b. Klageerhebung gegen Gesamtschuldner .....	21
c. Notwendigkeit der Klageerhebung gegen mehrere Personen zur Herbeiführung der Durchsetzbarkeit des Titels .....	22
d. Einbeziehung von Zeugen .....	23
3. Festlegung des objektiven Klageumfangs / Problem der Teilklage .....	24
a. Mögliche Vorteile einer Teilklage .....	24
b. Nachteile / Gefahren einer Teilklage .....	24
aa. Keine (positive) Rechtskrafterstreckung für Folgeprozess .....	24
bb. Verjährung der Restforderung .....	25
cc. Provokation einer Feststellungswiderklage .....	26
dd. Gefahr der verdeckten Teilklage: Verlust des Restes der Forderung? .....	26
c. Anforderungen an den Inhalt einer (offenen) Teilklage.....	27

4. Auswahl des richtigen Gerichts / Zuständigkeitsprüfung.....	28
a. Allgemeines .....	28
b. Mehrere zuständige Gerichtsstände .....	28
c. Die objektive Klagehäufung.....	28
d. Streitgenossen / Gemeinsamer Gerichtsstand .....	28
e. Die Gerichtsstandsvereinbarung.....	29
5. Erhebung einer Stufenklage .....	31
a. Prozessuale Ausgangssituation .....	31
b. Vor- und Nachteile der Stufenklage / Unterschiede zur reinen Auskunftsklage .....	31
aa. Vorteile.....	31
bb. (Scheinbare) Nachteile .....	32
c. Voraussetzungen der Stufenklage .....	32
aa. Spezialgesetzliche Auskunftsansprüche .....	33
bb. Auskunftsanspruch aus § 242 BGB .....	33
cc. Umfang der Auskunft / Bedeutung der §§ 259 ff. BGB.....	34
dd. Entfallen der Auskunftspflicht .....	34
6. Erhebung einer Feststellungsklage .....	35
a. Positive Feststellungsklage .....	35
aa. Allgemeines .....	35
bb. Spannungsverhältnis zur Klage auf künftige Leistung (§§ 257 ff. ZPO) .....	36
cc. Wichtiger Sonderfall: Feststellungsklage bezüglich Annahmeverzuges bei Zug-um-Zug-Titeln .....	37
dd. Wichtiger Anwendungsbereich: Arbeitsrecht .....	38
b. Negative Feststellungsklage .....	39
c. Zwischenfeststellungsklage gemäß § 256 II ZPO .....	40
d. Veränderungen Im Prozessverlauf.....	41
7. Einsatz von Haupt- und Hilfsanträgen .....	42
a. Anwendungsbereich des „echten“ Hilfsantrages .....	42
b. Anwendungsbereich des „uneigentlichen“ Hilfsantrages .....	43
c. „Uechter“ Hilfsantrag .....	43
d. Eintritt der Wirkung des Hilfsantrages / Frage der Verjährungsgefahr .....	45
e. Vortrag zum Hilfsantrag.....	45
8. Wahl einer besonderen Verfahrensart.....	46
a. Das Mahnverfahren .....	46
b. Der Urkunden- und Wechselprozess .....	47
9. Prüfung der Durchsetzbarkeit außerprozessualer Anwaltskosten (Geschäftsgebühr) gegen den Prozessgegner:.....	48
a. Voraussetzungen des Anfalls der Geschäftsgebühr.....	49
b. Erstattungsansprüche gegen den Prozessgegner.....	49
aa. Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen .....	50
bb. Geltendmachung von sonstigen Ansprüchen .....	50
10. „Begleitmaßnahmen“ des Anwalts bei der Mandatsübernahme bzw. Vorbereitung der Klage:.....	51
a. Anforderung der schriftlichen Prozessvollmacht .....	51
b. Unverzichtbare Belehrungen des Mandanten .....	51
c. Klärung etwaiger staatlicher Hilfe bezüglich der Prozesskosten .....	52
d. „Absicherung“ der Kostenfolgen der Klage: .....	53
e. „Absicherung“ für Fall des Unterliegens: Streitverkündung .....	53
<b>B. Fertigung des Schriftsatzes selbst / formelle und inhaltliche Anforderungen.....</b>	<b>53</b>
I. Das Rubrum der Klageschrift .....	54
1. Adressierung / Bezeichnung des Gerichts.....	55
2. Parteibezeichnung .....	55
3. Prozessgegenstand .....	56
4. Streitwertangabe .....	56
5. Angabe einer besonderen Verfahrensart.....	56
II. Die Anträge der Klageschrift.....	57
1. Allgemeines zu den Anträgen .....	57
a. Bestimmter Leistungsantrag .....	57
aa. Allgemeines .....	57
bb. Leistungsantrag in gesetzlicher Prozessstandschaft .....	58
b. Zinsantrag.....	58

c. Der Kostenantrag .....	59
d. Der Antrag zur vorläufigen Vollstreckbarkeit.....	59
aa. Schutzanträge.....	59
bb. Antrag zur Art der Sicherheitsleistung .....	59
e. Antrag zu Versäumnisurteil im schriftlichen Vorverfahren .....	59
f. Antrag auf Anerkenntnisurteil im schriftlichen Vorverfahren .....	60
2. Besondere Sachanträge .....	60
a. Stellung eines unbezifferten Leistungsantrags .....	60
b. Der Herausgabebeanspruch .....	62
c. Der Lieferungsanspruch .....	63
d. Die Klage auf Vornahme einer Handlung .....	63
aa. Unterscheidung von vertretbarer / unvertretbarer Handlung .....	63
bb. Verbindung mit Entschädigungsanspruch.....	64
e. Anträge auf Auskunft und Rechnungslegung / Stufenklage .....	64
f. Unterlassungs- und Duldungsklage .....	65
g. Klage auf Abgabe einer Willenserklärung .....	66
h. Antrag auf Verurteilung Zug um Zug .....	67
i. Der Feststellungsantrag .....	68
aa. Positive Feststellungsklage gemäß § 256 I ZPO .....	68
bb. Negative Feststellungsklage.....	70
cc. Zwischenfeststellungsklage gemäß § 256 II ZPO .....	71
III. Die Begründung der Klage .....	71
1. Tatsachenvortrag .....	71
a. Notwendiger Inhalt der Klageschrift .....	71
b. Darstellung der Klagebegründung / Aufbau .....	73
aa. Einführung in den Streitstand .....	73
bb. Inhalt und Umfang des Tatsachenvortrags .....	74
cc. Aufbau des Sachvortrags.....	77
dd. Sonderproblem: Klagevortrag zum Zinsanspruch.....	77
2. Beweisangebote.....	80
a. Umfang / strenge Orientierung an der Beweislast .....	80
b. Verhalten in kritischen Grenzfällen .....	81
c. Umgang mit zeugnisverweigerungsberechtigten Zeugen .....	82
3. Rechtsausführungen.....	83
a. Notwendigkeit der Rechtsausführungen .....	83
b. Ort und Umfang der Darstellung .....	84
c. Stil und Inhalt der Rechtsausführungen .....	85
aa. Einleitungssatz.....	85
bb. Urteilstil mit Tiefgang .....	85
cc. Parteirolle beachten: nur positive Aspekte! .....	86
dd. Erwähnung von Unproblematischem? .....	87
ee. Fundstellenangabe? .....	88
IV. Erklärung zur Entscheidung durch den Einzelrichter .....	88
V. Evtl.: Erklärung zum Scheitern eines Gütetermins .....	89
C. Sonderfälle: Anspruchsgrundierung nach vorherigem Mahnverfahren .....	89
<b>§ 2 Reaktionsschrifte, v.a. Klageerwiderung .....</b>	<b>91</b>
<b>A. Allgemeines zur Klageerwiderung / Einarbeitung in die Klausur.....</b>	<b>91</b>
I. Sachverhaltsvorgaben .....	91
II. Ansatzpunkte für die Verteidigung.....	91
1. Prüfung der Zulässigkeit der Klage .....	92
2. Schlüssigkeitsprüfung der Klage .....	93
3. Klärung der Beweislage: Beweisangebot, Bestreiten oder Unstreitigstellen.....	94
a. Unstreitigstellen bzw. Geständnis .....	94
b. Gegenangriff bei für den Beklagten ungünstigen Behauptungen .....	96
aa. Klärung der Beweislastverteilung .....	96
bb. Reaktion bei Beweislast des Gegners; Gegenbeweis .....	96
cc. Reaktion bei überflüssigem Beweisangebot des Gegners.....	97

<b>III. Festlegung der richtigen Reaktion.....</b>	98
1. Anerkenntnis .....	99
a. Prüfung der Voraussetzungen des § 93 ZPO .....	99
b. Anerkenntnis bei Nichtvorliegen von § 93 ZPO .....	100
c. Teilanerkenntnis .....	100
2. Vergleichsverhandlungen .....	101
3. Klageabweisung / Ansatzpunkte hierfür .....	101
a. Überblick.....	101
b. Aufrechnung .....	101
4. Die Widerklage.....	102
a. Zulässigkeitsvoraussetzungen .....	103
b. Typische Anwendungsfälle bzw. -probleme der Widerklage .....	104
aa. Umgehung der Präklusion / „Flucht in die Widerklage“ .....	104
bb. Umgehung eines Aufrechnungsverbotes .....	105
cc. Verhältnis der Widerklage zur Aufrechnung .....	105
dd. Widerklage gegen Klage auf Zug-um-Zug-Leistung .....	107
ee. Feststellungswiderklage .....	108
ff. Einbeziehung eines Dritten / sog. Drittewiderklage.....	111
c. Weitere Auswirkungen der Widerklageerhebung.....	113
aa. Kostenfragen: Änderung des Gebührenstreitwerts.....	113
bb. Auswirkungen auf die sachliche Zuständigkeit .....	113
<b>IV. Klärung von Fristen und Terminen.....</b>	115
<b>B. Formalia des Klageerwiderungsschriftsatzes selbst.....</b>	115
I. Rubrum / Adressierung der Klageerwiderung .....	116
II. Die Anträge .....	116
1. Der Sachantrag .....	116
a. Voller Abweisungsantrag .....	116
b. Hilfsweise Einrede:.....	117
c. Formulierung eines (Teil)-Anerkenntnisses .....	117
2. Vollstreckungsschutzanträge.....	118
a. Allgemeiner Vollstreckungsschutzantrag .....	118
b. Besonderer Vollstreckungsschutzantrag .....	118
III. Formelle Besonderheiten bei Erhebung einer Widerklage.....	118
IV. Die Begründung der Klageerwiderung .....	119
1. Einführung in die Verteidigungslinie .....	119
2. Vortrag zur Unzulässigkeit der Klage .....	119
3. Der Sachvortrag des Beklagten .....	120
a. Einleitung durch Zusammenfassung.....	120
b. Aufbau des Tatsachenvortrags .....	120
c. Bestreiten von Tatsachen.....	121
aa. Einfaches Bestreiten.....	122
bb. Substanziertes Bestreiten.....	122
cc. Bestreiten mit Nichtwissen.....	123
d. Vortrag zu den Einwendungen bzw. Einreden.....	123
4. Rechtsausführungen.....	124
a. Allgemeines .....	124
b. Mehrfachverteidigung mit Tatsachen- und Rechtsargumenten .....	124
5. Stellungnahme zum Einzelrichter .....	125
<b>C. Sonderfälle der Klageerwiderung: Reaktion auf Versäumnisurteil oder Vollstreckungsbescheid zugunsten des Gegners .....</b>	125
I. Einspruch gegen ein Versäumnisurteil (v.a. § 331 III ZPO) .....	125
1. Zusatzaufgabe: Klärung der Zulässigkeit des Einspruchs .....	125
2. Andere Anträge (§ 343 ZPO).....	127
3. Antrag auf Einstellung der Zwangsvollstreckung.....	127

II. Erwiderung auf Anspruchsbegründung des Gegners nach Einspruch gegen Vollstreckungsbescheid (§ 700 IV ZPO).....	128
1. Sachliche Erwiderung noch nicht im Einspruch selbst .....	128
2. Inhalt der zu stellenden Anträge .....	128
3. Antrag auf Einstellung der Zwangsvollstreckung nach §§ 707, 719 (hier i.V.m. § 700 I) ZPO.....	129
<b>D. Andere „Reaktionsschriften“ (Replik, Duplik): .....</b>	<b>129</b>
I. „Klausurtechnische“ Unterschiede zu anderen Schriftsatzklausurtypen:.....	129
1. Besonderheiten beim Tatsachenvortrag:.....	129
a. Aufgabe hier: Überprüfung und Ergänzung des Vortrags und der Beweisangebote.....	130
b. Reaktion auf Widerklage des Gegners: .....	130
c. Reaktion auf Einwendungen des Gegners:.....	130
d. Reaktion auf veränderte Umstände: .....	131
e. Sonderfall: Kündigungsschutzklage im Arbeitsrecht:.....	131
2. Auswirkung auf die Rechtsprobleme: .....	131
II. Typische prozessuale Probleme der Replik: .....	132
1. Reaktion des Klägers auf Prozessaufrechnung des Beklagten: .....	132
2. Notwendige Änderungen bzw. Erweiterungen der Klageanträge:.....	133
a. Korrektur anfänglich ungeeigneter Anträge .....	133
b. Wg. Veränderung der Umstände im Prozessverlauf.....	133
III. Sonderfall der Replik: Einspruch gegen VU nach § 330 ZPO.....	134
<b>§ 3 Einstweiliger Rechtsschutz.....</b>	<b>135</b>
A. Mandantenzielermittlung / Herangehen an den Sachverhalt.....	135
I. Feststellung, dass gerade einstweiliger Rechtsschutz begehrte.....	135
II. Festlegung, welche Art von einstweiligem Rechtsschutz konkret einschlägig ist.....	136
1. Überblick .....	136
a. Arrest gemäß §§ 916 ff. ZPO .....	137
b. Einstweilige Verfügung gemäß §§ 935 ff. ZPO.....	137
c. Einstweilige Anordnungen gemäß §§ 49 ff FamFG .....	137
2. Prüfungssystematik.....	138
3. Details zur Abgrenzung.....	139
a. Arrest .....	139
aa. Arrestvoraussetzung: jetzt schon klagbarer Geldanspruch .....	139
bb. Mögliches Arrestziel: (nur) Sicherung des Geldanspruchs .....	140
b. Anwendungsbereich der einstweiligen Verfügung .....	141
aa. Sicherungsverfügung gemäß § 935 ZPO.....	141
bb. Regelungsverfügung gemäß § 940 ZPO.....	141
cc. Leistungsverfügung gemäß (bzw. analog) § 940 ZPO .....	142
dd. Umstrittener Sonderfall: Unterlassungsverfügung .....	143
B. Die einzelnen Rechtsbehelfe.....	143
I. Beantragung eines Arrestes .....	143
1. Voraussetzungen der Zulässigkeit.....	143
a. Auswahl des richtigen Gerichts / Zuständigkeit: .....	143
b. Postulationsfähigkeit .....	144
c. Behauptung eines Arrestanspruchs <i>und</i> eines Arrestgrundes .....	144
2. Voraussetzungen der Begründetheit / Glaubhaftmachung von Arrestanspruch und Arrestgrund .....	145
a. Objektive Voraussetzungen der Begriffe Arrestanspruch und Arrestgrund.....	145
aa. Arrestgrund beim dinglichen Arrest.....	145
bb. Arrestgrund beim persönlichen Arrest.....	146

b. Begriff Glaubhaftmachung / Auswirkungen auf die Beweisführung.....	147
aa. Allgemeines / keine eingeschränkte Subsumtion!.....	147
bb. Auswirkung auf die Auswahl der Beweismittel .....	148
c. Umfang der notwendigen Beweisführung / Beweisbedürftigkeit.....	151
3. Kostenrechtliche Fragen .....	153
4. Fertigung des Schriftsatzes selbst / formelle und inhaltliche Anforderungen.....	153
a. Das Rubrum des Arrestantrages.....	154
b. Antragstellung .....	154
aa. Hauptsacheantrag .....	154
bb. Evtl. Hilfsantrag: Stattgabe gegen Sicherheitsleistung .....	155
cc. Gleichzeitiger Vollstreckungsantrag .....	156
dd. Vorläufige Vollstreckbarkeit.....	156
ee. Antrag auf Entscheidung gerade ohne mündliche Verhandlung.....	157
ff. Antrag zur Sicherheitsleistung des Gegners?.....	157
c. Begründung des Antrages:.....	157
II. Beantragung einer einstweiligen Verfügung.....	158
1. Voraussetzungen der Zulässigkeit.....	158
a. Prüfung des zuständigen Gerichts .....	158
b. Postulationsfähigkeit .....	159
c. Behauptung von Verfügungsanspruch <i>und</i> Verfügungsgrund .....	159
2. Voraussetzungen der Begründetheit .....	159
a. Glaubhaftmachung von Verfügungsanspruch <i>und</i> Verfügungsgrund.....	159
b. Sonderfälle: Verfügungsanspruch genügt.....	160
c. Besondere Voraussetzungen der Entscheidung im Beschlussverfahren (ohne mündliche Verhandlung) .....	160
3. Fertigung des Schriftsatzes selbst / formelle und inhaltliche Anforderungen.....	161
a. Einleitungssatz des Antrages .....	161
b. Antrag bei Sicherungsverfügung wegen Herausgabeanspruch .....	161
c. Antrag bei Unterlassungsverfügung .....	162
III. Beantragung einer einstweiligen Anordnung auf Unterhalt.....	163
1. Voraussetzungen der Zulässigkeit.....	163
a. Stathaltigkeit.....	163
b. Zuständigkeit: .....	163
c. Regelungsbedürfnis.....	163
d. Postulationsfähigkeit .....	163
2. Begründetheit des Antrags .....	164
3. Fertigung des Schriftsatzes selbst / formelle und inhaltliche Anforderungen.....	164
a. Rubrum.....	164
b. Anträge .....	165
c. Antragsbegründung .....	165
<b>C. Reaktion auf eine (gegen den Mandanten) ergangene Entscheidung im einstweiligen Rechtsschutz .....</b>	<b>166</b>
I. Ermittlung des richtigen Rechtsbehelfs .....	166
1. Rechtsbehelfe im Arrestverfahren bzw. bei einstweiliger Verfügung .....	166
2. Rechtsbehelfe gegen eine einstweilige Anordnung:.....	166
II. Einzelheiten zum Widerspruch .....	167
1. Ermittlung des richtigen Adressaten / Zuständigkeit des Gerichts: .....	167
2. Die Anträge im Widerspruchsschreiben .....	167
3. Begründung des Widerspruchs .....	168

---

<b>§ 4 Prozessgutachten des Anwalts .....</b>	<b>169</b>
<b>A. Varianten des anwaltlichen Prozessgutachtens / Aufbau .....</b>	<b>169</b>
I. („Einschichtiges“) Gutachten zur Vorbereitung eines Schriftsatzes .....	170
1. Prüfung der Erfolgsaussichten in der Sache .....	170
2. Prozessuale Umsetzung der realisierbar erscheinenden Ziele / Zweckmäßigkeitserwägungen: .....	171
II. „Relationsgutachten“ oder „zweischichtiges Gutachten“:.....	171
<b>B. Besonderheiten in der Arbeitsweise gegenüber dem Gutachten im Referendarexamen: .....</b>	<b>172</b>
I. Verwendung eines gemäßigten Gutachtenstils .....	172
II. Strenge Orientierung an der höchstrichterlichen Rechtsprechung .....	172
III. Chance-Risiko-Abwägung statt apodiktischer Ergebnisse.....	173
<b>§ 5 Berufungsbegründung.....</b>	<b>174</b>
<b>A. Prüfungsschritte zur Vorbereitung des Schriftsatzes.....</b>	<b>174</b>
I. Klärung, ob Berufung einschlägig / Statthaftigkeit.....	174
1. Grundfall: Vorgabe durch den Bearbeitervermerk .....	174
2. Allgemeiner Bearbeitervermerk / Abgrenzungsfragen.....	174
a. Abgrenzung bei unklarem Urteil (Meistbegünstigungstheorie).....	175
b. Abgrenzung zwischen erstem und zweitem Versäumnisurteil.....	175
c. Abgrenzung zum Nachverfahren (Urkundenprozess).....	175
d. Sonderfall: Vorgehen mit Anhörungsrüge (§ 321a ZPO).....	176
II. Klärung weiterer Fragen der Zulässigkeit der Berufung .....	177
1. Beschwer / Beschwerdewert.....	177
2. Form der Berufungseinlegung (§ 519 ZPO) .....	179
3. Einlegungsfrist (§ 517 ZPO).....	179
a. Behandlung von Zustellungsfehlern.....	179
b. Berufungsfrist bei notwendiger Streitgenossenschaft.....	180
c. Berufungsfrist bei Streithelfern .....	180
4. Begründungsfrist (§ 520 II ZPO) .....	180
III. Prüfung der Erfolgschancen in der Sache selbst / Begründetheit der Berufung.....	181
1. Besonderheiten bezüglich der Zulässigkeit der Klage.....	181
2. Besonderheiten bezüglich der Begründetheit der Klage .....	181
IV. Erweiterungen des Streitgegenstands und Aufrechnung in der Berufung (§ 533 ZPO).....	182
V. Sonderfall: Berufung gegen zweites Versäumnisurteil (§ 514 II ZPO) .....	182
1. Statthaftigkeit der Berufung gegen zweites VU nach Vollstreckungsbescheid (§§ 700 I, 345 ZPO): .....	183
a. Fall 1: gesetzliche Voraussetzungen der Säumnis fehlten .....	183
b. Fall 2: unverschuldete Säumnis .....	183
c. Fall 3 / Erweiternde Auslegung: Unzulässigkeit oder Unschlüssigkeit der Klage .....	184
d. Einordnung der Punkte im Prüfungsschema .....	184
2. Statthaftigkeit der Berufung gegen zweites VU nach „echtem“ ersten VU.....	185
3. Weitere Zulässigkeitsprüfung.....	186
4. Begründetheit der Berufung .....	186
VI. Kostenfragen .....	186

<b>B. Formalia des Berufungsbegründungsschriftsatzes.....</b>	187
I. Rubrum .....	187
II. Berufungsanträge (§ 520 III Nr.1 ZPO) .....	187
1. Hauptsacheantrag: ausdrückliche und räumlich abgetrennte Antragstellung .....	187
2. Unterscheidung zwischen Abänderung und Aufhebung .....	188
a. Grundregel: eigene Sachentscheidung mit Abänderung (§ 538 I ZPO und § 528 S.2 ZPO): .....	188
aa. Fall 1: Berufung des Beklagten wegen voller Verurteilung .....	188
bb. Fall 2: Berufung des Beklagten wegen teilweiser Verurteilung .....	189
cc. Fall 3: teilweise Berufung des Beklagten wegen (voller) Verurteilung .....	190
dd. Fall 4: (volle) Berufung des Klägers wegen voller Klageabweisung .....	190
ee. Fall 5: Berufung des Klägers wegen teilweiser Klageabweisung.....	190
b. Anwendungsbereich des § 538 II ZPO / Aufhebung und Zurückverweisung oder Sachentscheidung .....	191
aa. Abgrenzung zwischen eigener Sachentscheidung und Zurückverweisung.....	191
bb. Konsequenzen für die Anträge .....	192
c. Wichtiger Sonderfall: Anträge bei Berufung nach § 514 II i.V.m. § 700 VI ZPO bei Unschlüssigkeit der Klage .....	192
3. Antrag zu den Kosten .....	193
a. Fall der Entscheidung durch das Berufungsgericht .....	193
b. Vorgehen bei nur teilweisem Angriff .....	194
c. Fall der Aufhebung und Zurückverweisung.....	195
4. Antrag zur Vollstreckbarkeit .....	195
5. Evtl. noch: Antrag zur Einstellung der Zwangsvollstreckung (§§ 719 I, 707 ZPO).....	195
III. Darstellung der Berufungsgründe (§ 520 III 2 ZPO).....	196
1. Allgemeines.....	196
2. Umfang der Begründungspflicht .....	197
a. Mehrere Streitgegenstände oder selbständige entscheidbare Teile eines Anspruchs .....	197
b. Berufung gegen einheitlichen Streitgegenstand .....	197
3. Inhaltliche und stilistische Anforderungen .....	199
a. Angriff auf die Tatsachengrundlage der erstinstanzlichen Entscheidung (§ 520 III 2 Nr.3 ZPO).....	199
b. Angriff auf die Rechtsanwendung der ersten Instanz (§ 520 III 2 Nr.2 ZPO) .....	200
aa. Berufungsbegründung des Beklagten .....	201
bb. Berufungsbegründung des Klägers.....	201
c. Bezugnahme auf erstinstanzliches Vorbringen.....	202
4. Wichtiger Sonderfall: Darstellung der Berufungsgründe bei Berufung gegen zweites Versäumnisurteil (§ 514 II ZPO): .....	202
5. Stellungnahme zu den Rechtsfolgen der erfolgreichen Berufung .....	203
IV. Rolle des Hilfsgutachtens in der Klausur .....	204
1. Stellungnahme zur Zulässigkeit der Berufung .....	204
2. Stellungnahme zu „negativen“ materiellrechtlichen Fragen .....	204
V. Angabe des Beschwerdewerts (§ 520 IV Nr.1 ZPO) .....	205
VI. Äußerung zur Übertragung auf den Einzelrichter (§ 520 IV Nr.2 ZPO) .....	205
VII. Unterschrift .....	205
<b>§ 6 VERTRAGSGESTALTUNG.....</b>	206
<b>A. Wesen der Vertragsgestaltung .....</b>	206
<b>B. Arbeitsweise in der Klausur.....</b>	208
I. Mandantenzielermittlung.....	208
II. Tatsachenermittlung: .....	212

1. Persönliche Verhältnisse: .....	212
2. Vermögensrechtliche Verhältnisse .....	214
3. Vorhandene frühere Vereinbarungen .....	215
<b>III. Rechtliche Umsetzung.....</b>	<b>216</b>
1. Bedeutung des Bearbeitervermerks .....	217
2. Einordnung in Rechtsgebiete:.....	217
3. Ermittlung des Regelungsbedarfs.....	218
4. Ermittlung der Regelungsmöglichkeiten .....	219
5. Auswahl der richtigen Gestaltung .....	221
a. Übereinstimmung mit dem Regelungswunsch.....	222
b. Klarheit und Eindeutigkeit.....	222
c. Sicherheit.....	222
6. Form der Umsetzung .....	224
7. Stil der Umsetzung.....	225
<b>C. Drei verschiedene Klausurtypen .....</b>	<b>226</b>
I. Vorbereitendes Gutachten.....	226
II. Überprüfendes Gutachten .....	227
1. Eigener Entwurf des Mandanten.....	227
2. Entwurf durch den Vertragspartner des Mandanten.....	228
III. Formulierung eines eigenen Entwurfs .....	229